

# KLARTEXT

**BRIGITTENAU**

**WAHL DES LANDESPARTEIOMBANNES** **99,23%**

**Brigittenaauer Delegierte am FPÖ-Parteitag**



- Wo die FPÖ recht behalten hat (Seite 2)
- Gut gerüstet für das Wahljahr 2015 (Seite 2)
- Die Verwahrlosung unserer Stadt (Seite 3)
- Bürgerversammlung - SPÖ hat Thema verfehlt (Seite 4)
- 7 Jahre Aufklärungsarbeit (Seite 6)
- Freiheitliche fordern sektorales Bettelverbot (Seite 7)
- Wien im Untergrund (Seite 8)
- Bezirksentscheid soll übergangen werden! (Seite 9)
- Rote Nervosität bei TTIP (Seite 9)
- Koranverteilung in der Brigittenua (Seite 10)

## Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

### Wo die FPÖ recht behalten hat und die Wahrheit bestätigt wurde!



#### Vereine und Moscheen

Wenn der türkischstämmige Grün-Bundesrat Efgani Dönmez, am 30.11. in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ klar zum Ausdruck brachte, dass die österreichische Parteienlandschaft Schuld daran hat, dass der politische und radikale Islam salonfähig wurde und Österreich als Hinterland und als Sumpf für muslimische Vereine bezeichnete, dann bestätigte er damit die jahrelangen Warnungen der FPÖ. Auch die von ihm vorgeworfene falschverstandene

Toleranz mancher Parteien gegenüber den Leuten und Gruppierungen, die Moscheen und Kulturvereine betreiben und unter dem Deckmantel der Religionsausübung die Politik aus den Herkunftsländern verbreiten, richtet sich eindeutig an SPÖ, ÖVP und Grüne. Kenan Güngör (Soziologe) wie auch Mouhanad Khorchide (Islamwissenschaftler) bestätigten, dass die Regierungsparteien in Österreich nie die muslimischen Gruppierungen von Zuwanderern hinterfragt haben. Und diese Haltung, nämlich nicht in das Innere dieser Gruppierungen geblickt zu haben, würde sich nun bitter rächen.

#### Hypo-Desaster

Wenn die Griss-Kommission im Hypo-Alpe-Adria-Desaster eindeutig feststellt, dass der größte Schaden erst 2009 ab der Verstaatlichung eingetreten ist und es auch keinen Grund für eine „Not“-Verstaatlichung gegeben habe, dann müssen auch die verantwortlichen Personen genannt werden. Das waren ÖVP Finanzminister Josef Pröll, SPÖ-Finanzstaatssekretär Schieder, SPÖ-Kanzler Faymann, Nationalbankgouverneur Nowotny und nach Pröll's „krankheitsbedingter“ Ablöse ÖVP-Finanzministerin Fekter.

Weit und breit kein FPÖ-Verantwortlicher, dass sogar FPÖ-Kritiker der Strache-FPÖ keine Mitschuld mehr geben.

#### Zuwanderung in den Arbeitsmarkt

Nachdem einer Tageszeitung die wahren AMS-Zahlen über die Situation am Wiener Arbeitsmarkt zugespielt und veröffentlicht wurden, können auch hier die Warnungen der FPÖ bestätigt werden. Denn was Sozialminister Hundstorfer vehement bestritten hat zeigt jetzt die Statistik des AMS auf, nämlich, die extreme Zuwanderung in den Wiener Arbeitsmarkt durch Rumänen und Bulgaren (ca. 16.000 Menschen oder 35,7%) aufgrund der Arbeitsfreizügigkeit seit 01.01.2014. In diesem Jahr ist die Beschäftigung der Inländer um 0,4% gesunken, die der Ausländer um 5,9% gestiegen. Also hat auch hier die FPÖ leider recht behalten.

#### ORF-Manipulation

Mitte November gab es in der „Am Schauplatz-Affäre“ um den Sieg-Heil-Sager angeblicher Neonazis bei einer FPÖ-Wahlveranstaltung in Wiener Neustadt ein Urteil. HC Strache beschuldigte den ORF-Journalist Ed Moschitz, zwei junge Burschen zur Veranstaltung gebracht und zu dem Sager animiert zu haben. Dies sollte auf ORF-

Tonbändern bewiesen werden. Erst auf massiven Druck rückte der ORF die Tonbänder heraus, worauf aber nichts mehr von dem Sager bzw. der Anstiftung dazu zu hören war. Nun stellte das Wiener Straflandesgerichts per Urteil eindeutig fest, dass „als denklogisch zwingender Schluss“ die ORF- Videoaufzeichnung manipuliert sein muss. Das heißt, auch hier behielt FPÖ-Obmann HC Strache recht, als er dem ORF-Journalisten Manipulation vorgeworfen hatte,

meint Ihr LABg. GR Gerhard HASLINGER

## Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

### Gut gerüstet ...



... geht die Wiener FPÖ ins neue Jahr und damit auch in die 2015 – ob im Frühjahr oder im Herbst steht derzeit noch nicht fest - stattfindenden Wiener Gemeinderats- und Landtagswahlen sowie die Wahlen der 23 Bezirksparlamente.

Auf ihrem 34. ordentlichen Landesparteitag in der Wiener Hofburg wählten die fast 400 Delegierten Heinz Christian Strache mit 99,23 Prozent neuerlich zum Landeschef der Wiener Freiheitlichen. Und das Motto dieser

Veranstaltung „Wien uns Wienern. Die Zeit ist reif!“ war zugleich der Startschuss dafür, das historisch beste Ergebnis für die FPÖ in Wien in Angriff zu nehmen. Denn um die Mehrheiten in unserer schönen Heimatstadt zu ändern und den seit 20 Jahren regierenden Bürgermeister Häupl und Rot-Grün zu überwinden, braucht die FPÖ 30 bis 40 Prozent der Wählerstimmen.

Der längst fällige Richtungswechsel weg von der weltfremden, abgehobenen und arroganten rot-grünen Stadtregierung kann nur mit einer Kraft, nur mit der FPÖ funktionieren. Und mit HC Strache als Bürgermeisterkandidat!

Gut gerüstet gehen aber auch wir Brigittenauer Freiheitliche in die bevorstehende Wahlauseinandersetzung. So wurde unserem Bezirksobmann LABg. GR Gerhard Haslinger anfangs September in geheimer Wahl eindrucksvoll das Vertrauen ausgesprochen, lediglich 1 Stimme verhinderte den hundertprozentigen Zuspruch.

Und auf dem Landesparteitag wurde Gerhard Haslinger nunmehr neu in den aus zwölf Mitgliedern bestehenden Landesvorstand der Wiener FPÖ gewählt. Mit dieser Wahl erfolgte eine Anerkennung sowohl für seine erfolgreiche Tätigkeit als Vorsitzender der Blauen im 20. Bezirk – die FPÖ Brigittenau schneidet seit langem bei allen Wahlen überdurchschnittlich gut ab – als auch für seine von Vielen anerkannte sachlich fundierte Arbeit im Wiener Landtag und Gemeinderat als Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Integration und des Wiener Drogenbeirats.

Wir Brigittenauer Freiheitliche sehen dem Wahljahr 2015 mit Zuversicht entgegen und ich darf schon heute Sie, liebe Brigittenauerin, lieber Brigittenauer ersuchen, an der kommenden Wahl teilzunehmen und mit Ihrer Stimme zu einer Veränderung in unserer Heimatstadt, in unserem Heimatbezirk beizutragen. Die Zeit ist reif, meint

Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert GRAUSAM

## Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2014

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Traunfelsgasse 3, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at  
„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.  
Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;  
Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at  
Titelbild: Quelle: Sehner; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.  
Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.  
Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

# Die Verwahrlosung unserer Stadt

Als Bezirksvorsteher kassiert man in Wien stolze 131.000,-- Euro Jahresgage. - Gute Dotation für einen Grüßbaugust, der zwar jedes neue verkehrshindernde „Ohrwaschl“ eröffnen und die Versäumnisse der Stadtregierung schönreden darf, bei wichtigen Vorgängen in seinem Bezirk aber eher nach dem Motto: Hände falten, Goschen halten! zu agieren hat. Ob Asylanten untergebracht werden sollen, ein Drogenberatungszentrum eingerichtet oder ein EU-Projekt realisiert wird. Da bestimmen die Bonzen im Rathaus ohne Rücksprache mit ihren Statthaltern auf Bezirksebene.

Eine Novellierung der Geschäftsordnung hat nun auch noch das Anfragerrecht beschnitten, sodaß der Bezirksvorsteher beliebig als „nicht meine Zuständigkeit“ abschmettern kann, was oppositionelle Fraktionen im Namen der Bezirksbürger erfragen wollen. So bleiben dann eben auch Stauzonen, illegale Deponien, Schädlingsbefall, Graffiti-Verschandelungen und in Parks campierende Vagabunden den Bezirksvertretungen als Themen fern, obwohl sie sich auf Bezirksterritorium befinden / zutragen.

Ob den Bezirksbürgern eine Fahrradweg-Verlängerung wichtiger ist als eine Großbaustelle, die lokal über Monate den Verkehr lahmlegt, sei dahingestellt, das erste aber wird öffentlich verhandelt, während zweiteres einfach passiert, ohne dass die Bezirksvertretung etwas darüber erfährt.

Foto: Internet



Foto: Internet



Spielt das aber noch eine Rolle? In einer Stadt, die seit Jahren verwildert, verludert und verwahrlost. Ein beispielloses Geschäftssterben lässt Servicewüsten zurück, in denen einzig Call-Shops u. ä. gedeihen. Infrastruktur geht verloren, Sicherheit (Polizeiinspektionen werden geschlossen, Kasernen verkauft, Feuerwachen aufgelassen) wird abgetragen. Die Stadt verändert sich: in den Schulen hört man kaum ein akzentfreies deutsches Wort, in öffentlichen Verkehrsmitteln gar kein deutsches Wort, immer mehr Kellerlokale werden zu muslimischen Gebetsräumen umfunktioniert, in denen rauschebärtige Neubürger ein und ausgehen. Das Straßenbild gleicht den Szenarien orientalischer Vorstadt-Dokus.

Nein, ein Bezirksvorsteher muss zu diesen Vorgängen in seinem Bezirk nichts sagen, außer: hat jemand etwas dagegen? Gibt es skandalöserweise Kritik an der Bereicherung, die das Hinsterben der eigenen Kultur flankiert?

Und auch die Stadtverantwortlichen müssen nichts dazu sagen. Immerhin, Wien erhält ja auch viel für das, was es verliert. Während nach und nach alle die es sich leisten können ins Umland oder in weitere Ferne flüchten, ziehen verständige Neubewohner ein, die dem Gastland nicht selten, mehr oder weniger brachial, ihre Ablehnung ausrichten.

Alte Bäume werden reihenweise umgeschnitten, dafür überlässt man verdrecktes Gesträuch aber stellenweise dem unbehelligten Wildwuchs, was Ratten und ähnliches Getier bestens gedeihen lässt. Manche Stationen der Wiener Spitäler zeigen welche Krankheiten man sich durch die unkontrollierte Massenzuwanderung wieder eingehandelt hat,

nachdem sie hierzulande als besiegt galten. Und auch populäre Mitbewohner wie Kakerlaken und Bettwanzen breiten sich wieder aus, seit Wien sich verändern darf. Mit den Zuzüglern hat das aber freilich nicht das Geringste zu tun. Zufälle! Eine launige Anhäufung von Zufällen, nichts weiter. Wem das nicht passt, der kann ja gehen! Wien hat mehr zu bieten als rückständiges Denken und Verweigerung der Moderne. Wer beim laufenden Bevölkerungsaustausch nicht „part of the game“ sein will, wer kein Verständnis dafür hat, dass er auf Ämtern, bei Ärzten... die vielfache Wartezeit aufbringen muss, weil sich ein nicht der deutschen Sprache mächtiger Neubürger verständlich zu machen oder die ihm zugesicherten Rechte geltend zu machen versucht, der soll sich subtrahieren. So einfach ist das!

Übrigens: die kleineren und größeren Kinder, die wegen Krankheit oder ... heuer am 1. November nicht am stumpfsinnigen US-Import „Halloween“ teilnehmen konnten, am süßsaurigen Gruseln, sie mögen sich damit trösten, dass der Grusel in diesem Wien bald Alltag sein wird: der Grusel der Verwahrlosung, der Grusel sozialer Unruhen, in einem Hexenkessel, der einst blühende, sichere Metropole war.



Foto: Sehner

# BÜRGERVERSAMMLUNG

## zum Thema „Suchtgiftszene im Bezirk“?

**SPÖ hat Thema deutlich verfehlt, die Noten dafür gibt es 2015!**



BV Stv. Herbert Grausam, und LABg GR Gerhard Haslinger verbrachten den Nachmittag in einer fast leeren Halle. (Foto: Sehner)

Als Podiumsdiskussion war die von den Brigittener Freiheitlichen geforderte Bürgerversammlung zum Thema: „Suchtgiftszene im Bezirk“ gedacht.

Dabei sollten interessierte Bürgerinnen und Bürger zur selben Zeit, am selben Ort mit den zuständigen Verantwortlichen über die prekäre Situation diskutieren können.

### Leider NEIN!

Denn SPÖ-Bezirksvorsteher Derfler veranstaltete am 14.11.2014 anstatt einer Bürgerversammlung eine Sicherheitsmesse. Noch dazu zu einem besonders ungünstigen Zeitpunkt, nämlich, an einem Freitag in der Zeit von 14 -19 Uhr. Just dann, wenn der Handel bis 20 Uhr geöffnet hat und sich manche bereits ins Wochenende begeben haben.

Die Einladung zur „Bürgerversammlung“ erreichte auch nicht jeden Haushalt, denn Viele wussten von der Veranstaltung gar nichts. So vermisste auch mancher im Bezirk wohnender Bezirks-

rat (auch von der SPÖ) die Einladung im Postkasten.

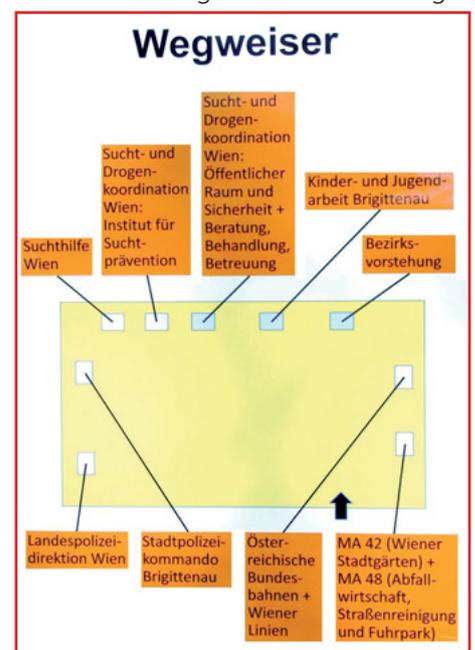
Aber ehrlich gesagt, versäumt hat dadurch niemand etwas. Denn die 9 Standl'n (ÖBB, Wr. Linien, Backbone, Suchthilfe Wien, BV 20, MA 48, MA 42 etc.) in der Sporthalle Hopsagasse hatten Broschüren mit Eigenwerbung aufgelegt. Zur Suchtgiftszene in den U6-Stationen oder im Bereich Millenniumcity gab es, wenn überhaupt, nur Gespräche mit den Beamten des Stadtpolizeikommandos Brigittenu.

Dass die SPÖ keine echte Bürgerversammlung durchführen wollte zeigt deutlich, dass sie sich vor der Stimmung und der Kritik der Bevölkerung fürchtet. Bei Abhaltung einer richtigen BÜRGERVERSAMMLUNG hätten nach Schätzungen mehrere hundert Menschen kommen können und diesem Szenario wollte man sich nicht aussetzen.

Wenn sich eine Partei nicht den Problemen stellen will, für die ihre eigene Politik mit verantwortlich ist, dann ge-

hört ihr dringendst die politische Verantwortung entzogen. 2015 ist der allerbeste Zeitpunkt dafür!

LABg GR Gerhard Haslinger



## Ahnungsloser Valentin!

Als kleine Entscheidungshilfe darf auf einen Zwischenruf des SPÖ-Bezirksparteivorsitzenden GR Valentin aufmerksam gemacht werden, den er am 30. Jänner 2014 im Zuge einer Rede von GR Haslinger tätigte. Als dieser auf die Suchtgiftszene in den U6 Stationen im 20. Bezirk hinwies und eine Schlagzeile der Kronenzeitung zitierte, zeigte sich GR Valentin unwissend und ahnungslos, denn er rief dem Redner zu, nichts davon zu wissen. Wie gesagt GR Valentin ist SPÖ-Chef im 20. Bezirk!

Nachstehend der Auszug aus dem Wortprotokoll in der Gemeinderatssitzung am 30. Jänner 2014:

... Eine Schlagzeile am 5. Jänner des heurigen Jahres: „**U-Bahn-Station von Drogendealern bevölkert, Polizei machtlos, Wien Brigittenau.**“ Wir, die wir aus dem Bezirk kommen, wissen das. **(GR Erich Valentin: Ich weiß nichts davon!) Ich bin dort hingegangen, stelle mich dort hin und beobachte das Treiben.** Auf einmal ...

## LESERBRIEF!

### Bürgerverhöhnung im Zwanzigsten

Freitag, den 14.11.2014 hielt der Bezirksvorsteher Hannes Derfler (SPÖ) eine „Bürgerversammlung“ ab, die aber eher wie eine „Sicherheitsmesse“ wirkte. In einer riesigen Sporthalle in der Brigittenau hinter dem Dr. Adolf-Schärf-Heim an der Buslinie 11A in der Hopsagasse unweit vom Donaukanal wurden neun verschwindend kleine Infostände in der riesigen Sporthalle platziert, die zum Thema „Suchtgiftszene im 20.“ Auskunft geben sollten. Der engagierte ebenfalls anwesende Bezirksparteiobmann der FPÖ-Brigittenau LAbg. GR Gerhard Haslinger kritisierte die Art und Weise wie diese unspektakuläre Messenveranstaltung als Bürgerversammlung deklariert zu einem unmöglichen Zeitpunkt angesetzt worden ist, an einem Freitag zwischen 14 und 19 Uhr, wo die meisten Leute noch in der Arbeit sind, hastige ihre Einkäufe vor dem Wochenende machen oder über das Wochenende fort fahren. So geriet die von der SPÖ organisierte Veranstaltung in der Brigittenau zu einer regelrechten Augenauswischerei und einer blanken Verhöhnung für den Bezirksbürger, der von der Bürgerversammlung so rein überhaupt nichts mitbekam, was wohl insgeheim Ziel der Übung roter Funktionäre gewesen sein mag.

Helwig Leibinger



Die Stände waren ja gut besetzt, doch Besucher waren kaum welche hier. Unsere Blauen Bezirksfunktionäre waren noch die größte Personengruppe. (Fotos: Sehner)



# 7 Jahre Aufklärungsarbeit

7 Jahre nach Beginn der mühevollen Aufklärungsarbeit durch die „Bürgerinitiative Dammstraße“ weiß nun auch die Politik ganz plötzlich über die Probleme mit Moscheevereinen und deren Verbreitung „ihres“ Islam Bescheid. ÖVP-Außenminister Kurz und SPÖ-Staatssekretär Ostermaier präsentieren einen Entwurf zu einem neuen Islamgesetz, der aber in muslimischen Kreisen höchst umstritten ist und keine Zustimmung findet. Es zeigt deutlich, dass sich Muslime von Nichtmuslimen keinesfalls Regeln vorschreiben lassen werden.

Seit Jahren hat die BI-Dammstraße aufzuzeigen versucht, dass Pseudo-



Foto: BI Dammstrasse



Foto: Sehner

freundlichkeiten und Verständnisbekundungen von muslimischen Vertretern diverser Vereine nur über den wahren Zweck von Moscheevereinen hinwegtäuschen würden.

Jetzt, wo das wahre Gesicht fanatischer Islamisten auch die Wohnzimmer der österreichischen Bevölkerung erreicht hat, wissen die politischen Befürworter und Unterstützer dieser Entwick-



Foto: BI Dammstrasse

lung auf einmal auch, welche Nachteile die Finanzierung von Moscheevereinen aus dem Ausland in sich birgt.

Außenminister Kurz erwähnte sogar, dass 65 türkische Imame die in Österreich predigen vom Ausland bezahlt werden. Und „wer zahlt, schafft an“, wie der Volksmund treffend feststellt! Womit auch dem verklärtesten Multi-Kulti-Phantasten klar sein sollte, welches

Gedankengut in diesen Moscheevereinen vertreten wird.

Zu bezweifeln ist aber, ob das die Bezirks-SPÖ auch schon mitbekommen hat? Denn, die Meinung die sie vor 7 Jahren gegenüber der Bürgerinitiative vertreten hat, war nicht nur letztklassig und untergriffig, sondern weit, weit weg von Tatsachen. ATIB ist und war kein Integrationsverein, sondern der verlängerte Arm des türkischen Präsidenten Erdogan. Selbst der Vereinsvorstand braucht bis zum heutigen Tag einen Dolmetscher!

Sollte die SPÖ wider Erwarten zur Einsicht gekommen sein, dass sie die Anlie-

gen falsch eingeschätzt habe, dann wäre eine Entschuldigung bei den Vertreterinnen und Vertretern der BI-Dammstraße angebracht!



Foto: BI Dammstrasse



BR Susanne Chirkov  
Ansprechpartnerin für:  
Soziales, Jugend, SeniorInnen,  
Frauen und Integration;  
Kultur; Bezirksentwicklung.

## Aus dem Gemeinderat: Wiener Freiheitliche fordern ein „sektorales Bettelverbot“ in Wien!



Mit einem Dringlichen Antrag forderte die FPÖ in der Landtags Sitzung am 27. November 2014, dass per Landesgesetz ein sektorales Bettelverbot für neuralgische Örtlichkeiten in Wien beschlossen werden sollte. Leider konnten sich die anderen Parteien nicht dazu durchringen, diesen Antrag zu unterstützen.

Wie üblich sahen sie die Schuld des Bettlerunwesens bei Anderen, speziell bei der Polizei, die das bestehende Gesetz zu lasch vollziehen würde. Derzeit wird die Bettelei im Wiener Landes-Sicherheitsgesetz geregelt und da ist mit einer Verwaltungsstrafe bedroht, wer in

einer aufdringlichen, aggressiven oder gewerbsmäßigen Weise oder organisiert bettelt. Ebenso ist zu bestrafen wer ein Kind zum Betteln mitnimmt.

Es ist offensichtlich, dass der Großteil der vielen alten, kranken und behinderten Bettlerinnen und Bettler nicht selbstbestimmt um Almosen ersucht.

Für die Polizei ist es aber oft schwer zu beweisen, wer tatsächlich im Hintergrund die Fäden im Menschenhandel zieht. Hier sind Strukturermittlungen notwendig, um an die Köpfe der Organisation heranzukommen. Wie Ermittlungen aufzeigen, gibt es bereits unter den meist slowakischen, rumänischen und



Fotos 3: Internet

bulgarischen Organisationen Territorialkämpfe um die besten Bettel-Plätze in der Stadt.

Würde ein absolutes Bettelverbot an diesen Plätzen bestehen, dann könnte die Polizei auch effektiver einschreiten und müsste nicht die besonderen Qualifikationen der Strafwürdigkeit beweisen müssen.

Es ist schließlich Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass Rechtsnormen und Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen oder geschaffen werden, um die Bevölkerung vor Schaden zu schützen und den Organen des Staates das nötige Rüstzeug zur Vollziehung ihrer Aufgaben zukommen zu lassen.

# Wien im Untergrund

Fotos 2: Internet



Nicht nur oberirdisch geht es in Wien zu wie in den unaufhörlich über den Bildschirm flimmernden Gangster-Serien. Auch unterirdisch feiert das großteils importierte Verbrechen unerfreuliche Urständ. Taschzieher und Schnorrer gehören dabei noch zu den harmloseren Erscheinungen in Wiener U-Bahn-Stationen. Immer ungenierter wird mit Drogen gedealt. Immer dreister wird bevorzugt betagten Menschen ihr Hab und Gut gestohlen oder geraubt. Immer häufiger werden dabei Verletzungen der Opfer in Kauf genommen. Und immer häufiger bricht auch der blanke Irrsinn durch - in der Stadt ohne Sicherheit natürlich ungehindert.

Tagtäglich könnten die Printmedien ihre Seiten ausschließlich mit Chronik füllen. Tatsächlich wird die Wiener Realität den Lesern aber nur in homöopathischen Dosen verabreicht. Da eine Frau, der ein Handtaschenräuber den Finger gebrochen hat. Dort Hund „Bubi“, den ein Unbekannter (der Hundefreunden besser nicht begegnen sollte) zu Tode getreten hat ...

Wenn es schon keine Sicherheitskräf-

te vor Ort gibt – die FPÖ fordert seit vielen Jahren eine eigene U-Bahn-Polizei, sollte wenigstens die Kamera-Überwachung lückenlos funktionieren. So würde zwar seine erste Tat nicht verhindert, aber gesehen und der Täter damit unschwer an weiteren Verbrechen gehindert. Nun ist es in der „sichersten Stadt der Welt“ – wäre die Sache nicht so ernst, man könnte sich bei diesem selbst verliehenen Titel schütteln vor Lachen – nicht möglich, das zu gewährleisten. Von angeblich 6.000 Überwachungskameras der Wiener Linien ist die Hälfte nicht brauchbar. Ob es sich um Attrappen handelt, um technische Gebrechen oder um abgeschaltete Geräte war bis Redaktionsschluss nicht bekannt.

Aber es wird bekannt werden und die FPÖ wird die Verantwortlichen für dieses peinliche Desaster auch zur Verantwortung ziehen. Denn die Fahrgäste mit immer teureren Fahrkartenpreisen abzuzocken und dafür bei der Sicherheit zu sparen, mag zwar bei der Stadtregierung als schick gelten, die Wienerinnen und Wiener haben dafür aber Null Verständnis.

## Sparen am falschen Fleck!

In Wien wird die einheitliche Nummerierung von Gebäuden seit 1.1.1959 mit einem Beschluss des Wiener Gemeinderates geregelt. Dabei sieht § 2 vor, dass die Bezeichnung der Verkehrsfläche und die Orientierungsnummer in weißer Schrift ausgeführt sein müssen.



Nachbarhaus Nummer 12.

Dem Eigentümer der Liegenschaft Dammstraße 14 dürfte dieser Beschluss nicht bekannt sein. Denn, obwohl das Eingangsportal renoviert wurde, dürfte das Geld für ein entsprechendes Straßenschild eingespart und einfach irgendein Straßenschild angebracht worden sein.



## Vassilakou macht grüne Klientelpolitik im 20. Bezirk! Bezirksentscheid soll übergangen werden!

Ein altes Sprichwort besagt: „Wer sich mit Hunden ins Bett legt, darf sich nicht wundern, mit Flöhen aufzuwachen!“ Jetzt hat BM Häupl durch die aktuelle Koalition den Wiener Grünen Regierungskompetenz übertragen. Dass sich dieses Abenteuer für die Genossen schon bitter gerächt hat, zeigt ihr Mitgliederschwund. Das nächste grüne Hack´l bekommt jetzt SPÖ Bezirksvorsteher Derfler von Verkehrsstadträtin Vassilakou ins Kreuz geworfen. Denn entgegen dem Bezirkswillen (SPÖ/FPÖ/ÖVP) wird sie die Radfahrbenutzungspflicht in der Wasnergasse aufheben.

Ein Skandal und reine grüne Klientelpolitik, da es für diese Entscheidung überhaupt keine Notwendigkeit gibt. Aber in der Wasnergasse hat sich vis a vis des barocken Augarten eine Grünwählerschaft angesiedelt, die den Fahrzeugverkehr überhaupt verbannen möchte. Da in dieser Gasse die Buslinie 5A geführt wird, können leider keine Schwellen und sonstige bauliche Hindernisse angebracht werden. Dafür sollen die Radfahrerinnen und Radfahrer den Verkehr, in der 30er Zone bremsen und da-



Foto: Grausam

durch die Benützung dieses Straßenzuges unattraktiv machen.

Im Bezirk wurde schon so mancher Parkplatz vernichtet, um das Radwegenetz zu schließen. Und jetzt will die Grüne Verkehrsexpertin, dass diese Radwege nicht benützt werden müssen. Entlang des Augartens wurde ein Geh- und

Radweg verordnet, der sowohl beschildert wie auch durch Piktogramme kenntlich gemacht ist. Die Verpflichtung, dass bei Vorhandensein eines Radweges dieser zu benützen ist, muss daher auch in der Wasnergasse aufrecht bleiben, auch wenn das so manchem Autofeind nicht passt.



## Rote Doppelzüngigkeit

Der SPÖ-EU-Parlamentarier Jörg Leichtfried sieht die Sozialisten als „Zünglein an der Waage“, was Zustimmung zu oder Ablehnung von TTIP, dem EU-USA-Freihandelsabkommen betrifft. Ein klarer Fall von „Doppelzüngigkeit an der Waage“.

Denn nicht nur auf der großen Politbühne EU handeln die Genossen häufig anders als ihre Wortspenden vermuten lassen. – So hat sich der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel erst kürzlich vom Freihandelskritiker zum Transatlantik-Fanatiker gewandelt. Die Investorenschutzklauseln, die es US-Konzernen ermöglichen werden EU-Staaten zu verklagen, stören Gabriel jetzt offenbar nicht mehr. Das ist bezeichnend. Genauso wie das Verhalten der SPÖ auf Bezirksebene. Da wurde ein Resolutionsantrag der FPÖ, nämlich als Bezirksvertretung Brigittenau für ein Aussetzen der TTIP-Gespräche einzutreten, von Rot

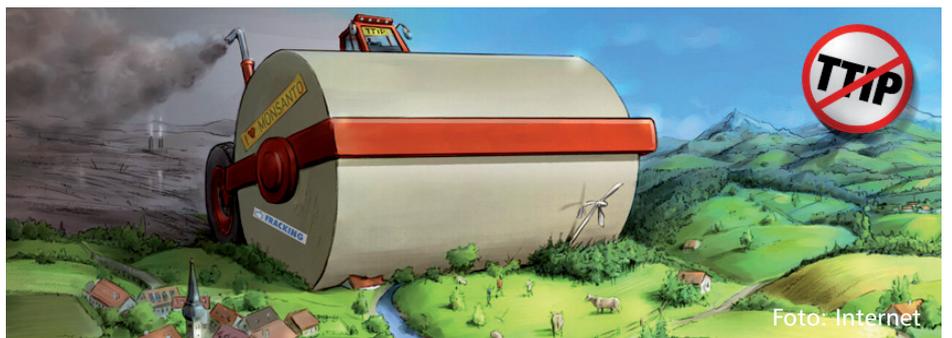


Foto: Internet

(und Grün!) abgelehnt.

Auf der anderen Seite liegt gerade in ihrer Doppelzüngigkeit die Konsequenz und damit Berechenbarkeit der Sozialisten. Auch Parlamentspräsident Schulz (SPD) geht ja als Wahrer des „sozialen Europa“ hausieren und sackt dabei selbst – wohl aus „Solidarität“ mit den Betroffenen der ausufernden Armut in Europa – satte 24.000,-- Euro netto pro Monat ein. Ein Schelm, dem dabei das Wort Zynismus in den Sinn kommt.

Dass die Bezirks-SPÖ zur Krönung ihrer abstrusen Ablehnungsgründung

(eine rote Bezirksrätin: „Lieber unterschreib ich bei Attac als diesen Antrag zu unterstützen...!“ – wofür ist sie dann Bezirksrätin)? dann noch der FPÖ vorwarf „nur auf einen fahrenden Zug“ aufzuspringen, führt endgültig in die Lächerlichkeit. Denn es war die FPÖ, die über Monate, allein auf weiter Flur, gegen die Gefahren des ungehemmten Freihandels aufgetreten ist, ehe mit dem EU-Wahlkampf auch SPÖ, ÖVP und Grüne auf den Geschmack kamen, da es sich um ein schlagzeilenbringendes Thema handelt.

## Aus der Bezirksvertretung: Anfrage an BV Derfler über Koranverteilungen im Bezirk!



Es ist vermutlich nichts Persönliches, sondern auf die steigende Nervosität der Genossen zurückzuführen, wenn SPÖ-Bezirksvorsteher Derfler regelmäßig eine FPÖ-Bezirksrätin einzuschüchtern versucht, sobald ihm ihre Anfragen nicht schmecken - weil sie ihn in Bedrängnis bringen.

In der Novembersitzung wurde von ihr wieder eine Anfrage gestellt, diesmal betreffend Koranverteilung in der Brigittenau. Es hat sich gezeigt, dass dabei nicht der Islam der Bevölkerung vorgestellt, sondern die „Wahre Religion“ unter das Volk gebracht werden sollte. Experten sehen auch einen Zusammenhang zwischen der Koran-Verteilung und der Anwerbung junger Menschen für den Dschihad. Dies führt zu einer breiten Besorgnis in der Bevölkerung. Da nicht nur in der Stadtzeitung „Falter Nr. 33“ die Jägerstraße und der Handelskai im 20. Bezirk explizit als Orte aktiver Anwerbungen bezeichnet, sondern auch in persönlichen Gesprächen darauf hingewiesen wurde, dass junge Zuwanderer in Geschäften im Bezirk auf ihre Religion angesprochen wurden, wollte sie von BV Derfler seine Einschätzung der Situation wissen.

Eingangs war ihm unklar, was wir eigentlich fragen wollten, denn für Derfler sind Koran-Verteilung und Anwerbung von Jugendlichen für den Dschihad nicht gleichzusetzen.



Obwohl ihm keine Verteilungen im heurigen Jahr bekannt waren, wurde er von der anfragenden Bezirksrätin auf 2 Verteilungen bei der Millennium City hingewiesen. Daraufhin forderte er die Bezirksrätin in unfreundlichem bis aggressivem Tonfall auf, in Zukunft mit ihrem Ausweis eine Kontrolle bei den Leuten durchzuführen! Schließlich wäre sie dazu verpflichtet und mache sich selbst

strafbar, wenn sie eine strafbare Handlung – wie das unerlaubte Verteilen des Korans – nicht sofort den Behörden bzw. in der Bezirksvertretung melde.

Dazu, Herr Bezirksvorsteher Derfler, sei von unserer Seite angemerkt, dass unsere Bezirksrätin ebenso auf das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung Wiens vertrauen darf wie alle anderen Bewohner dieser Stadt. Dass nämlich selbstverständlich genehmigt ist, was passiert, oder dank des dichten Kontrollnetzes sofort abgestellt wird, was genehmigungspflichtig, aber eben nicht behördlich genehmigt ist.

Auf die weitere Frage „...ob es möglich sei, dass die multikulturelle Zusammensetzung der Brigittenauer Bezirksbevölkerung ein großes Potenzial für radikal-islamische Salafisten für positive Anwerbungen aufweise“, versuchte er sich mit der Gegenfrage lustig zu machen, welche Zusammensetzung genau gemeint wäre? Die sprachliche oder die physische, nämlich 60% Wasser, 16% Proteine und Lipide etc.?

Diese Antworten zeigen, dass er ernsthafte Probleme vieler Brigittenauer offenbar auf die leichte Schulter nimmt und auch keine Antworten auf drängende Fragen und Geschehnisse hat oder haben darf. Und diese Politik haben sogar schon immer mehr Genossinnen und Genossen satt.



Fotos 4: Internet

## Von Salafisten in Wien verteilter Gratis-Koran: Was drinsteht

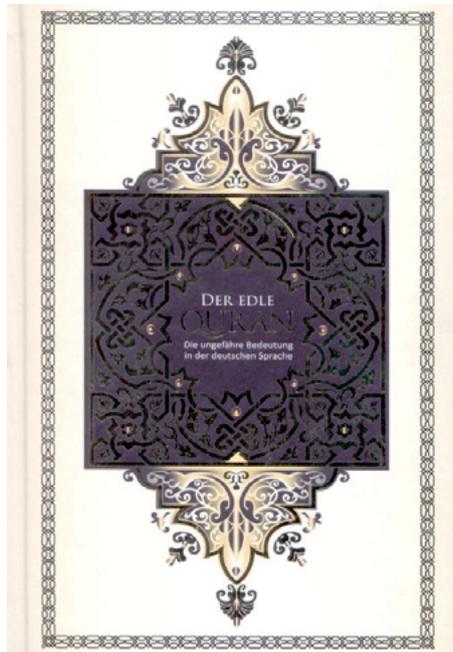
Seit auch die zugekifftesten und FPÖ-feindlichsten Linken endlich begriffen haben, dass es das Ziel der Islamisten ist, allen Nichtislamisten den Kopf abzuschneiden, sorgen salafistische Straßenstände mit Koran-Verteilungen plötzlich für allgemeine Aufregung. Wer solch ein Exemplar in Händen hält und keine Koran-Erfahrung hat, tut sich verständlicherweise schwer. Daher hier anlassbedingt ein genereller Leitfaden.

Vorweg: Für fromme Moslems gilt der Koran nur in arabischer Sprache (was Minister Sebastian Kurz und seiner Idee vom deutschen Einheitskoran nicht bekannt sein dürfte). Daher trägt die besagte Salafisten-Werbeschwarte nicht nur den Titel „Der edle Qur'an“, sondern auch den Untertitel „Die ungefähre Bedeutung in der deutschen Sprache“.

Hat man einen von einer islamischen Institution herausgegebenen Koran, so schaut man zuerst ins Inhaltsverzeichnis, ob er vollständig ist. Jene Ausgabe in ansprechendem Halbleder, die der Integrationsreferent im Sommer 2008 in Wien-Floridsdorf in der einzigen Moschee Österreichs mit Minaretten kaufte, lässt nämlich die durch Länge (die 114 Suren werden ab Sure 2 immer kürzer) und Inhalt durchaus wichtigen Suren 4, 5, 10 und 12 einfach weg. Der nun verteilte Koran ist hingegen vollständig.

Jene Islamisten, die auf die Takkiya (Täuschung der noch zu großen nichtmuslimischen Mehrheit) setzen und mit „Dialog“ und „Friedensbotschaft“ arbeiten, neigen dazu, ihren Koran mit beschwichtigenden Kommentaren (wenn da stehe, Ungläubige seien zu töten, heiße das überhaupt nicht, dass Ungläubige zu töten seien usw.) zu spicken. Darauf verzichten die Salafisten ehrlicherweise völlig.

Zu guter Letzt wirft man einfach einen Blick auf die klassischen koranischen Höhepunkte, die hier ganz unaufgeregt, in keine Richtung verfälscht, festgehalten werden. Zur Behandlung der Nichtmuslime: „Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben; denn die Verführung (zum Unglauben) ist schlimmer als Töten.“ (Sure 2, Vers 191) „Und kämpft gegen sie, bis es keine Verwirrung (mehr) gibt und die Religion Allah gehört.“ (2, 193) „Zu kämpfen ist euch vorgeschrieben, auch wenn es euch wi-



derwärtig ist.“ (2, 216) „Und wer für Allahs Sache kämpft, alsdann getötet wird oder siegt, dem werden Wir einen gewaltigen Lohn geben.“ (4, 74) „Und lasst nicht nach, die Schar (der Ungläubigen) aufzuspüren.“ (4, 104) „Treff (sie) oberhalb des Nackens und schlagt ihnen jeden Finger ab!“ (8, 12) „Und wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf.“ (9, 5) O ihr, die ihr glaubt, kämpft gegen jene, die euch nahe sind unter den Ungläubigen, und lasst sie euch hart vorfinden.“ (9, 123) So lasst (im Kampfe) nicht nach und ruft nicht zum Waffenstillstand auf, wo ihr doch die Oberhand habt.“ (47, 35)

Auch das Handabhacken bei Diebstahl (5, 38) und das Schlagen von Frauen (4, 34) etc. fehlt nicht... *Martin Hobek*



Foto: Internet

## LESERBRIEF!

### Wo sind meine Nachbarn?

Als wir Anrainer der geplanten Moschee zu Beginn der Bauverhandlungen dem Bezirksvorsteher unseren Unmut über die Verschlechterung der Wohnqualität durch dieses Megaprojekt mitteilten, entgegenete er, nein der Neubau verursacht keine Probleme.

Der Bau ist noch nicht eröffnet, aber schon jetzt sind die Auswirkungen für mich spürbar. Meine langjährigen Nachbarn haben die Flucht ergriffen und haben sich ein neues Zuhause gesucht.

Unser Haus hat 38 Wohnungen, in den letzten sieben Jahren haben 15! Wohnungen neue Bewohner, die meisten wurden verkauft. Das sind 40% neue Nachbarn! so habe ich meine lieben Nachbarn verloren. Jetzt habe ich niemanden, der mir ein Paket entgegen nimmt, der mein Postkästchen im Urlaub leert, und ganz wichtig- der mir wenn ich krank bin, Medikamente aus der Apotheke holt.

Auch das ist ein Verlust an Lebens- u. Wohnqualität, ein wichtiger Wohlfühlfaktor ist weg. Offenbar ist den Politikern nicht bewußt, was zur Wohnqualität eines Bürger zählt.

Nur unser Bezirksvorsteher sagt stolz die Brigittenau hat immer mehr Bewohner. Er sieht aber nicht was diese Zahl noch bedeutet. Die Wohnungen in unserem Haus wurden verkauft, größtenteils die neuen Eigentümer die Wohnungen. Jetzt wohnen statt 3 Familienmitgliedern 6 Menschen nicht deutscher Muttersprache in einer Wohnung, in der anderen Kleinwohnung gleich 4 Zuwanderer. Auch dies ist nicht einfach, diese neuen Bewohner können im Stiegenhaus nicht grüßen, können die Waschmaschine in der Waschküche wegen mangelnder Deutschkenntnisse nicht bedienen und verursachen Reparaturkosten, die alle bezahlen...

Aber auch im Nachbarhaus in der Dammstrasse ist es nicht viel besser. Von 37 Wohnungen sind nun 11 Wohnungen seit 2007 neu bezogen.

Aber auch ich überlege nicht nur einen Wohnungswechsel, ich fange nun wirklich an zu Suchen, wo finde ich noch eine nette Wohngegend in Wien, die ich mir leisten kann?

Oder wird mein neuer Wohnort in der Umgebung von Wien, Gerasdorf, Deutsch Wagram oder Richtung Korneuburg?

Der Augarten ist auch keine Oase für Leute ohne Kind und Hund mehr, es reicht mir in diesem Bezirk den ich mir als meinen neuen Wohnort mit Dreißig ausgesucht habe.

Regina. E. Oberhammer

## Seniorenkränzchen mit Musik!



Die Freiheitliche Seniorenrunde traf sich, wie jeden 1. Mittwoch im Monat, im Gasthaus „Das Styria XX“ in der Rauscherstraße 5 zum gemütlichen Beisammensein. Zum Jahresausklang musizierte der „Fiaker Bertl“ und spielte vertraute Lieder zum Mitsingen. Unsere treue Seele Frau Elfriede Marsch gab nachdenkliche und selbstgerimte Geschichten über die Weihnachtszeit zum Besten.

In der Seniorenrunde sind alle willkommen, die einige Stunden im Monat dem Alltag entfliehen, plaudern, singen oder Kartenspielen wollen.

Anmeldungen bei: Bezirksrätin Lilianne Mosmüller unter 0676 /4700405



## TERMINE:

### Frauenstammtische:

Donnerstag, **18.12.2014**; 18:30 Uhr

Donnerstag, **22.01.2015**; 18:30 Uhr

Donnerstag, **26.02.2015**; 18:30 Uhr

Wo: „Cafe Tina“ (Animal Farm)

1200 Wien, Kampstraße 13

U6 Dresdner Straße Ausgang Dresdner Straße,

Richtung stadteinwärts, 1. Gasse links

(An dieser Ecke befindet sich ein Tierarzt)

### FPÖ-Stammtisch

Donnerstag, **29.01.2015**; 18:00 Uhr

1200 Wien „Gasthaus Styria XX“, Rauscherstrasse 5



### Kinderfasching:

Sonntag, **15.2.2015**; 14:00 Uhr

Gasthaus „Brigittenauer Stadl“

1200 Wien, Griegstraße 1-3

mit Hokuspokus-Kokosnuss-Zaubershow, und viele Spiele....



Zustelladresse: